

Wichtige Fortschritte für unsere Forderungen – und neue Materialien!



Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Unterstützerinnen und Unterstützer der Bündnisplattform 500-10,
nach mehreren Monaten melden wir uns nun endlich wieder bei Euch.

Zuerst möchten wir Euch zwei neue Materialien anbieten:

- Kurzes Flugblatt „Das darf doch nicht wahr sein!“ – Gegen die Besteuerung des Existenzminimums: <http://www.klartext-info.de/flugblaetter/Existenzminimum_steuerfrei.pdf>
Es handelt sich um eine kürzere Fassung des schon bekannten, und in über 30.000 Exemplaren verbreiteten Flugblatts „Das Existenzminimum von Erwerbstätigen darf nicht besteuert werden!“
Da die Materie reichlich kompliziert ist, ist ein kurzes Flugblatt entwickelt worden. Es hat als auffälligen Anreißer eine provokativ ins Auge springende große Karikatur. Wie alle Flugblätter ist auch dieses kostenlos und portofrei per E-Mail an info@klartext-info.de bestellbar.
- Neue Broschüre „Existenzminimum besteuern? Nein danke!“
Die gesamte Broschüre kann hier herunter geladen werden:
http://klartext-info.de/broschueren/Existenzminimum_besteuern-NEIN_danke_a5.pdf
Sie kann jedoch auch gerne per E-Mail an info@klartext-info.de für 1 Euro pro Stück plus Porto bestellt werden. Bei Bestellung gemeinsam mit weiteren Flugblättern entfällt das Porto.
Die Broschüre wurde von Rainer Roth, Edgar Schu und Tobias Weissert erstellt und hat 85 Seiten. Sie enthält eine Kurzfassung unserer Position, Antworten der Steuerexperten von SPD und Linkspartei auf ein Anschreiben des Kampagnenrats und unsere Erwidierungen, eine Expertise für den Landesvorstand der Linkspartei Niedersachsen und unser Flugblatt.

Was gibt es noch zu berichten? Viele Erfolge!

Wir hatten zuletzt davon gesprochen, dass dem Bundesparteitag der LINKEN im Juni in Bielefeld ein Antrag für die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns vorliege. Was ist daraus geworden?

Der Antrag ist mit deutlicher Mehrheit gegen das Votum des Parteivorstandes angenommen worden! Ein wichtiger Schritt ist getan, damit das Existenzminimum nicht mehr durch Besteuerung verletzt werden darf. DIE LINKE ist im Begriff, nicht länger dem Kartell der Existenzminimumbesteuerer aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN zuzugehören. Nach dem Beschluss des Bundesparteitags hat der Landesverband DIE LINKE. Niedersachsen einen weiteren Schritt getan, um den Beschluss öffentlich umzusetzen. Er hat ein Faltblatt mit der beschlossenen Forderung in 100.000-facher Auflage gedruckt. Es verdeutlicht auf den ersten Blick, dass Niedrig- und Normalverdiener 900 Euro pro Jahr weniger Steuern zahlen sollten.

Das Faltblatt macht die Bedeutung dessen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, dass nämlich das Existenzminimum nicht mehr besteuert werden darf, für das gesamte Steuersystem und die öffentlichen Finanzen deutlich. Ihr findet es auf der Seite der Landespartei Niedersachsen (Kurzlink):

http://bit.ly/Falter_SteuerfreierMindestlohn_Nds> Das Faltblatt hier auch direkt als Datei: www.dielinke-nds.de/fileadmin/DasMussDrinSeinFiles/Faltblatt_Mindestlohnsteuerfrei_Nds_web.pdf>

Es wäre ein weiterer Schritt vorwärts, wenn weitere Landesverbände dem niedersächsischen Beispiel folgen würden. Edgar Schu aus Göttingen, Mitglied unseres Kampagnenrats, steht in dieser Sache gerne auch für politische und technische Rückfragen zur Verfügung.

Beschluss des ver.di Bundeskongresses

Bei dem Kongress im September in Leipzig war es Mitstreiter*innen mit Unterstützung von ver.di-Linke NRW und dem Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di gelungen, über 60 der 1.000 Delegierten für die Einbringung eines Änderungsantrages, einer Ergänzung zum Leitantrag zu gewinnen:

„ver.di fordert die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns. Der gesetzliche Mindestlohn stellt das offizielle Mindesteinkommen und damit das Existenzminimum eines Vollzeitbeschäftigten dar. Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer ist daher so weit anzuheben, dass das Bruttoeinkommen, das jemand erhält, der in Vollzeit (38,5 Std./Woche) für den gesetzlichen Mindestlohn arbeitet, nicht besteuert wird. Der bisherige Grundfreibetrag beruht auf einem zu niedrigen Regelsatz, erkennt den Mehrbedarf nicht an, den arbeitende Menschen haben, und geht von einer völlig unrealistischen Warmmiete von Erwerbstätigen in Vollzeit aus.“

Während des Kongresses fanden viele Diskussionen mit Delegierten über unsere Forderungen und ihre Hintergründe statt.

Beim Aufruf des Antrages folgte die große Mehrheit der Delegierten bis auf rund 60 jedoch der Empfehlung der Antragskommission, lediglich folgende Ergänzung statt der beantragten in den Leitantrag aufzunehmen: *„Gleichzeitig ist eine Auseinandersetzung über die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums aktiv zu führen“*.

Dass innerhalb von ver.di jetzt unter Berufung auf den Bundeskongress eine aktive Auseinandersetzung über das steuerliche Existenzminimum geführt werden muss, eröffnet uns Chancen, die bisher nicht bestanden haben. Über viele Jahre war das Thema „steuerliches Existenzminimum“ in den DGB-Gewerkschaften in der Versenkung verschwunden.

IG-Metall-Gewerkschaftstag

In unserem letzten Newsletter vom Anfang Mai berichteten wir, dass dem Gewerkschaftstag der IG Metall der ordentliche Antrag 1.006 für die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns aus der Verwaltungsstelle Südniedersachsen-Harz vorliege.

Auch hier nutzten Mitstreiter*innen die Gelegenheit für viele Gespräche mit den Delegierten. Es wurde das neue, kürzere Flugblatt „Das darf doch nicht wahr sein!“ an die 500 Delegierten, Gäste und Aussteller verteilt. Einige Aussteller nahmen auch größere Anzahlen

mit für ihre Tische in der Messehalle des Gewerkschaftstags. So wurden rund 850 Flugblätter verteilt.

Der Antrag wurde jedoch nach kurzer Diskussion auf Empfehlung der Antragskommission bei nur einzelnen Gegenstimmen abgelehnt.

Rückblick und Ausblick

im Juli 2009 sind wir gemeinsam mit Euch angetreten, die Forderung nach mindestens 500 Euro Hartz-IV-Regelsatz und 10 Euro steuerfreiem gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen <www.500-euro-eckregelsatz.de>.

Mittlerweile weist ein breites Bündnis, unter Beteiligung des DGB und der Nationalen Armutskonferenz, unter Verwendung mancher Argumente, die wir mit unserem Aufruf damals ins Spiel gebracht haben, besonders aufgrund von Mangelernährung durch Hartz IV, darauf hin, dass der Regelsatz um deutlich mehr als 100 Euro höher angesetzt werden müsse <www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org>. Der Paritätische hat seine Forderung inzwischen auf 485 Euro Hartz-IV-Regelsatz angepasst.

Dennoch gibt es real noch nicht den geringsten Fortschritt für die Anerkennung des Existenzminimums von Erwerbslosen. Weder für die Höhe des Regelsatzes, noch für weniger Schikanen, Kürzungen, Drangsalierungen oder gegen den durch Jobcenter ausgeübten sanktionsbewehrten Zwang in Hungerlohn.

Es wurde auch schon immer durch viele, auch sehr große Verbände und Gewerkschaften darauf hingewiesen, dass schwierige Lebensbedingungen für Erwerbslose nicht im Interesse der Erwerbstätigen sind, da sie dadurch selbst unter Druck kommen und aus Angst vor Hartz IV immer schlechtere Arbeitsbedingungen annehmen. Aber auch diese Botschaft hat nichts daran geändert, dass Parteien, die Hartz IV unverändert restriktiv umsetzen wollen, mehrheitlich gewählt werden.

Den Staat finanzieren und dadurch selbst bedürftig werden?

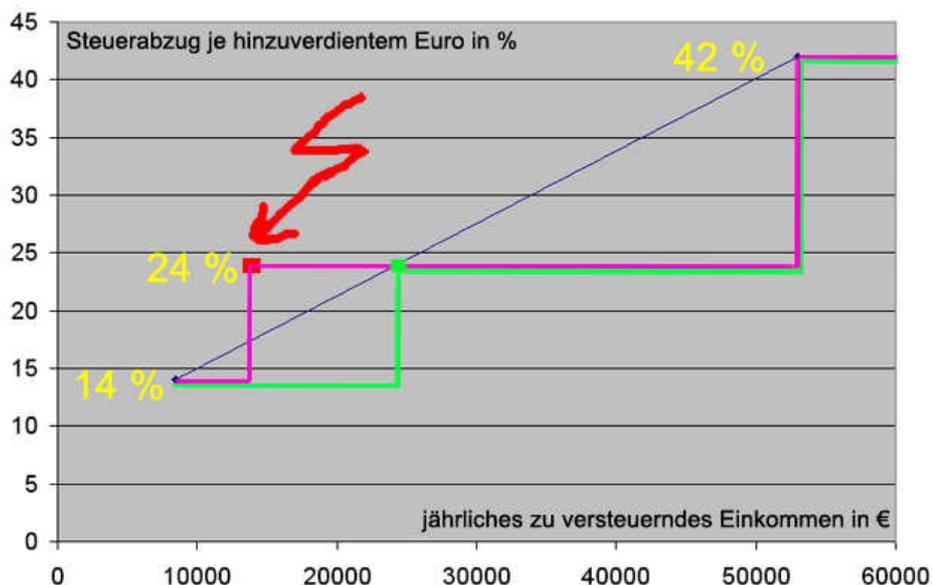
In der Kampagnenarbeit haben wir von Anfang an betont, dass etwas Gewichtiges faul ist: Erwerbstätige können durch Lohnsteuerzahlung Hartz-IV-bedürftig gemacht werden – wo doch die Lohnsteuern neben vielem anderem auch dazu dienen, Hartz IV zu finanzieren.

Dieser Missstand muss behoben werden. Von ihm profitieren große Unternehmen und Reiche, weil es ein Beitrag dazu ist, immer größere Teile der Steuerlast auf die Erwerbstätigen mit niedrigen und mittleren Einkommen abzuwälzen.

Steuerprogression vor allem bei Niedriglöhnen? Absurd!

Dass das Steuersystem pervertiert ist, wenn das Existenzminimum besteuert wird, leuchtet unmittelbar ein. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte sind aber noch einen Schritt weiter gegangen: Auch das Element der Steuerprogression, also der einkommensabhängigen Besteuerung, wurde schwerpunktmäßig auf niedrige und mittlere Einkommen angewendet.

Wir haben zur Verdeutlichung eine Grafik entwickelt:



In Lila sind die aktuellen Progressionsstufen vom Eingangsteuersatz mit 14 % bei 8.472 Euro zu versteuerndem Einkommen bis zum Spitzensteuersatz mit 42 % bei rd. 53.000 Euro zu sehen. Ab 13469 Euro fängt die Besteuerung mit 24 % an.
In Grün sind veränderte Progressionsstufen eingezeichnet, mit Besteuerung zu 24 % erst ab rund 24.300 Euro. Dies würde der durchschnittlichen Progression bis zum Spitzensteuersatz bei rd. 53.000 Euro entsprechen und wäre schon weniger verzerrt.

Es fällt sofort auf, dass, wenn die Progression zu den höheren Einkommen so steil weiter gehen würde wie sie aktuell im Bereich der mickrigen Einkommen zwischen 8.500 und 13.500 Euro stattfindet (lila Kurve), bei 53.000 Euro schon ein Steuersatz von 89 % eingestellt werden müsste.

Auch dieser Missstand muss beendet werden, damit hohe Einkommen und Vermögen endlich wieder richtig besteuert werden können, die Reichen ihre Tresore öffnen müssen.

Die Partei DIE LINKE tritt für eine lineare, also stufenlose Progression vom ersten Euro über dem Grundfreibetrag bis zum Spitzensteuersatz mit 53 % bei 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Parteivorstand DIE LINKE noch keine Signale gegeben hat, sein Steuerkonzept entsprechend dem oben erwähnten Parteitagsbeschluss zu überarbeiten: Das Existenzminimum von Erwerbstätigen, also der Mindestlohn, darf nicht mehr besteuert werden und der Grundfreibetrag muss daher um mehr als die Hälfte angehoben werden.

Wie wir rückblickend mit Fug und Recht sagen können, sind wir als breites Bündnis mit Aktiven in vielen Städten nun schon einige Schritte weiter gekommen.

Bestellt weiter Materialien, per E-Mail an info@klartext-info.de:
www.bit.ly/material-500-10, und verteilt sie an die Bevölkerung!

Mit solidarischen Grüßen

Martin Behrsing (Erwerbslosen Forum Deutschland)
Frank Eschholz (Soziale Bewegung Land Brandenburg)
Rainer Roth (Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne und Klartext e.V.)
Frank Jäger (Tacheles Sozialhilfe)
Edgar Schu und Helmut Woda (Aktionsbündnis Sozialproteste)

<http://www.500-euro-eckregelsatz.de>
<http://www.mindestlohn-10-euro.de>